Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 04/53. Jahrgang | April 2022 | Schutzgebühr: 0,40 €

Krieg in der Ukraine im Zeichen imperialistischer Konkurrenz

1991 wurde der noch existierenden UdSSR zugesagt, die NATO würde sich nicht nach Osten ausdehnen. In dem Buch das „Große Schachbrett“ entwarf der ehemalige Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter Brzeziński ein Szenario, um die Weltmachtrolle der USA zu erhalten, Russland dauerhaft zu schwächen und die EU in Abhängigkeit zu halten.

1999 erfolgte der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war für die Führungseliten in Russland klar, dass das von Brzeziński entworfene Drehbuch kein reines Gedankenspiel war, sondern Anleitung realer Politik. Zwischen 1999 und 2020 traten 14 Staaten dem Kriegsbündnis bei. Parallel dazu erfolgte ab 2004 – mit US-Unterstützung – die Integration derselben osteuropäischen Staaten in die EU.

Ähnlich wie Großbritannien sind diese Länder faktisch trojanische Pferde der USA. Die Länder sollen die Entwicklung der EU zu einem eigenständigen imperialistischen Zentrum hinauszögern.

Der Krieg Russlands in der Ukraine scheint die Reihen hinter den USA wieder zu schließen. Aber die unterschiedlichen Interessen bleiben. Billige Energie und billige Rohstoffe aus Russland sind ein fest eingepreister Bestandteil des Konzepts „Exportweltmeister“. Deutschland versuchte bis zum Einmarsch russischer Truppen an Nordstream 2 festzuhalten. Die deutschen Journalisten empörten sich über die Lieferung

Fortsetzung auf Seite 2

Rote Opposition – DKP verlässt die Koalition

„Ich wäre gern weiter bereit gewesen, trotz aller Schwierigkeiten und Gegensätze, gemeinsam um eine fortschrittliche Politik in Gießen zu ringen“, erklärte die Stadtverordnete Martina Lennartz (DKP) gegenüber dem Gießener Echo. Da aber diese Koalition dazu nicht bereit sei, werde sie nun im Parlament außerhalb der Fraktion der „Gießener Linken“ weiterarbeiten, ohne Tränen zu vergießen. Die DKP Gießen hatte im letzten Jahr dem Koalitionsvertrag von Grünen, SPD und der „Gießener Linken“ zugestimmt.

Anlass der Auseinandersetzung war ein Redebeitrag zu der Resolution im Stadtparlament „Pandemie bekämpfen – Gesellschaftlicher Zusammenhalt statt Polarisierung!“ Lennartz hatte erörtert, warum sie sich enthalten werde: Wenn die Mehrheit des Stadtparlaments etwas gegen die Querdenker-/Corona-Leugner-Bewegung tun

Fortsetzung auf Seite 4

Inhalt

Wir brauchen Brot, keine Kanonen! S. 2
100 Mrd. für den Krieg / Es lebe der Internationalismus S. 3
Ria Deeg kommt ins Museum / Kommunalpolitik S. 5
Uniklinikum / Ella verurteilt / Wohnkonzerne S. 6
Corona demaskiert / Klimakampf S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo S. 8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1

Krieg in der Ukraine im Zeichen imperialistischer Konkurrenz

von Stahlhelmen, ohne zu begreifen, dass die deutsche Politik aus strategischen Gründen keine Waffen an die Ukraine liefern wollte. Erst auf massiven Druck vor allem der USA schwenkte die Regierung Scholz ein.

Der Kreis schließt sich. Seit 2014 versuchen Deutschland und Frankreich, einen Beitritt der Ukraine zur EU, aber vor allem zur NATO, zu verhindern (Abkommen Minsk 1+2), da eine Mitgliedschaft in der EU viele Milliarden Euro Transferleistungen aus dem Sozialfonds kosten würde. Nachdem die USA sich durchgesetzt hatten, versuchten die deutschen Eliten aus der Not eine Tugend zu machen. Jetzt kann die lange geplante, jedoch politisch bisher nur scheibchenweise machbare Aufrüstung der Bundeswehr vollständig durchgesetzt werden. Deutschland bietet sich als Kern der bis 2025 zu gründenden europäischen Eingreiftruppe an. Damit könnten Frankreich und Deutschland einer eigenständigen europäischen Armee trotz allem deutlich nähergekommen sein.

Henning Mächerle

Wir brauchen Brot, keine Kanonen! Wir brauchen Schulen, keine Kasernen!

Internationaler Frauenkampftag in Gießen

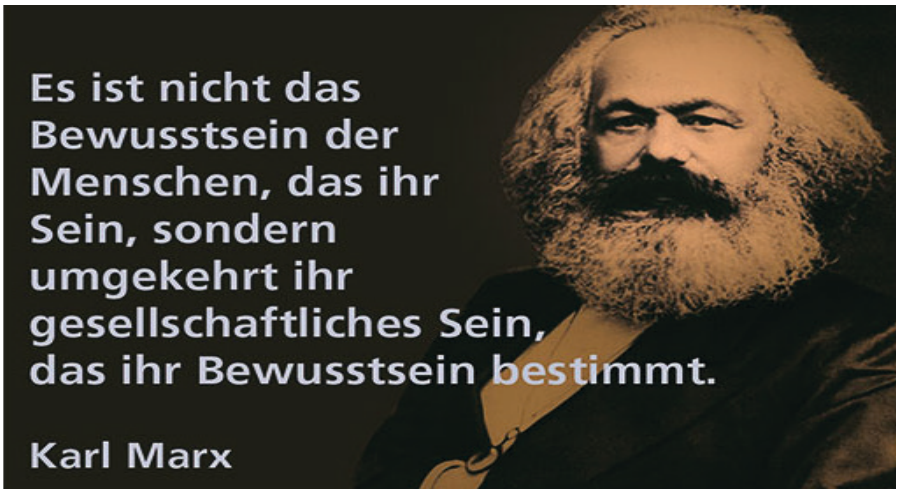
Basta! 8. März bleibt Internationaler Frauenkampftag! Unter diesem Motto rief das 8. März Bündnis Gießen, in dem sich einzelne Frauen und Gruppen organisierten, zur jährlichen Frauenkampftags-Demo auf. Rund 700 Demonstrant:innen zogen durch die Gießener Innenstadt. Am *Elefantenklo* entrollte die DKP ein überdimensionales Banner, das die sichtbare Ehrung der Gießener Kommunistin und Widerstandskämpferin Ria Deeg forderte. Wenig später benannten Demonstrantinnen die Löwengasse symbolisch in „Esther-Bejarano-Straße“ um, und gedachten so der Auschwitz-Überlebenden, Antifaschistin und Kommunistin.

In Reden wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Frauen noch immer den überwiegenden Teil der Haus- und Sorgearbeit leisten, und dadurch die Arbeitskraft der berufstätigen Familienmitglieder wiederherstellen. Dazu machte die Rednerin der ARAG auf die Ausbeutung durch Lohnarbeit aufmerksam:

„75% der sogenannten systemrelevanten Berufe werden von Frauen ausgeübt. Das sind bspw. Pflege- und Erziehungsberufe, der Lebensmittelhandel und die Reinigungsbranche. Das waren bereits vor der Krise gesellschaftlich kaum wertgeschätzte und prekäre Beschäftigungsbereiche, was durch die Krise deutlich verschärft wurde. Sowohl in Supermärkten als auch im Pflegebereich sind Überstunden an der Tagesordnung. Wir sagen Basta! Ohne Befreiung von der kapitalistischen Profitlogik ist keine Befreiung der Frau möglich!“

„Wir brauchen Brot, keine Kanonen! Wir brauchen Schulen, keine Kasernen! Wir brauchen Wohnungen, keine Friedhöfe!“ Nachdem die Vertreterin der SDAJ Gießen diese Sätze ins Mikrofon gerufen hatte, brandete lauter Applaus am Kugelbrunnen auf. In ihrem Redebeitrag kritisierte die junge Frau das angekündigte 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr. Für Frieden und Abrüstung zu kämpfen, bedeute auch Kampf für Gleichstellung. Denn imperialistische Kriege seien immer auch „ein Krieg gegen die Rechte der Frauen“.

8. März Bündnis



100 Mrd. Euro für den Krieg

Die olivgrüne Bundesregierung will 100 Mrd. Euro für Kriegsgerät ausgeben. Auf einmal ist Geld da. Geld, das überall sonst angeblich nicht verfügbar war: im Gesundheitssektor, im Bildungswesen oder um gegen Hunger vorzugehen.

100 Mrd. Euro für die Gesundheit!
Während der Pandemie schlossen Krankenhäuser und das Personal bekam anstelle höheren Lohns „Klatschen“. Für 100 Mrd. hätten aber auch 100.000 Stellen für die nächsten 25 Jahre im Gesundheitssektor geschaffen werden können.

100 Mrd. Euro für die Bildung!
Schon vor der Pandemie war klar, dass bis 2025 190.000 Erzieher:innen fehlen würden. Während Corona mussten Kinder im *Homeschooling* ihre privaten Handys nutzen, um dem Unterricht zu folgen. Laut GEW bräuchte man rund 21 Mrd. Euro, um die IT-Infrastruktur und die technische Ausstattung bis 2024 auf ein sinnvolles Mindestmaß zu bringen. Für die restlichen 79 Mrd. könnten die fehlenden Erzieher:innen für die nächsten zehn Jahre bezahlt werden.

100 Mrd. Euro gegen Hunger!
Alle 10 Sekunden verhungert ein Kind. Mehr als 700 Mio. Menschen leben in extremer Armut und sind von Hunger bedroht. Hunger tötet mehr als HIV, Malaria und Tuberkulose zusammen, er ist aber menschengemacht und kann daher auch von Menschen beendet werden. 12,8 Mrd. Euro zusätzlich pro Jahr würde es laut einer Studie kosten, um den Hunger in der Welt bis 2030 ausgerottet zu haben, insgesamt 115 Mrd. Euro.

Leider sind wir nicht bei „Wünsch dir was“ oder im Sozialismus, sondern im Kapitalismus. Hier zählt nur Profit. Wenn mit Bedürfnissen keine Profite realisiert werden können, verhungern Menschen oder sterben weiterhin an heilbaren Krankheiten. Es fehlt nicht das Geld, Hunger und Krankheit zu lindern, sondern es fehlt uns an Bewusstsein, um die, die davon profitieren, zu stürzen. **Also lasst uns 100 Mrd. Kämpfe gegen sie entfachen!**

Tobi Salin

Behauptung	Realität
"Der Krieg in der Ukraine ist der erste in Europa seit 1945"	1974 Zypern
	1991 Slowenien
	1991-1995 Kroatien
	1992-1995 Bosnien und Herzegowina
	1994-1996 Tschetschenien
	1998-1999 Bundesrepublik Jugoslawien
	2001 Mazedonien
	2008 Georgien
	2014-2022 Ostukraine

Hartz IV wird um drei Euro erhöht – blanker Hohn

SDAJ

2020 leben 15,9 % der Deutschen in Armut, das sind 13,2 Mio. Menschen und der höchste Wert seit 1990. 2,8 Mio. Kinder wachsen in solchen Verhältnissen auf. In 230.000 Haushalten hat man den Strom abgestellt, in 24.000 das Gas. Das Steigen der Energiepreise stellt viele vor die traurige Wahl: Essen oder eine warme Wohnung? Sollte es nicht ein Sozialsystem geben, das solche Not verhindert? Das Hartz-IV-System ist dazu nicht in der Lage. Vielmehr verdammt es Erwerbslose zu einem Leben am Existenzminimum: kleine Preissteigerungen sind schwer stemmbar und noch schwieriger wird es, wenn dieses „Existenzminimum“ sanktioniert wird, etwa weil man zu einem Termin im Jobcenter nicht erschienen ist. Menschen in Grundsicherung können keine Rücklagen bilden. Geschlossene Hilfseinrichtungen in der Pandemie und zusätzliche Ausgaben, etwa für Schutzmasken, haben die Lage weiter verschärft. Über eine Millionen Menschen stocken auf. Das heißt, sie sind erwerbstätig, verdienen aber so wenig, dass sie zusätzlich Hartz IV beantragen und sich dem Bürokratieapparat stellen müssen.

Trotz großer Wahlversprechen wird die Ampel-Regierung daran kaum was ändern.

Ab Januar 2022 wurde der Regelsatz um drei Euro auf 449 Euro erhöht. Ein Hohn: Nach korrekten Berechnungen müsste er längst über 600 Euro liegen. Hartz IV soll nun *Bürgergeld* heißen, ein neues Etikett für ein System, welches an der Lebensrealität der Erwerbslosen vorbei geht. An Sanktionen soll festgehalten werden. Nach dem Sondierungspapier werden Arbeitszeiten weiter entgrenzt und der Niedriglohnsektor ausgeweitet. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 10,45 Euro bietet nur schwachernTrost. Für uns heißt das: Trotz schöner Worte lässt sich keine Verbesserung für die Arbeiterklasse erwarten. Gegen das Abwälzen der Krisenkosten auf uns hilft allein organisierter Widerstand.

https://www.instagram.com/sdaj.giessen/

https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal

Fortsetzung von Seite 1

Rote Opposition - DKP verlässt die Koalition

wolle, müsse sie die Ursachen für deren Entstehung analysieren. Dazu gehöre die Erkenntnis, dass diese Bewegung Symptom einer schon länger stattfindenden gesellschaftlichen Entwicklung und die Corona-Pandemie nur ein Verstärker dieser Entwicklung ist. Sie beschrieb diese Entwicklung und verwies darauf als seit Jahrzehnten fortschreitende Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich. Eine Folge davon sei der Aufstieg irrationaler Ideologien und damit das Erstarken faschistischer beziehungsweise rechter Gruppierungen.

„Einer Abgeordneten muss überlassen sein, was sie redet“, argumentiert Helmut Appel, Sprecher des Kommunalpolitischen Arbeitskreises der DKP in Gießen. Die Rede sei allerdings nur das I-Tüpfelchen gewesen. Anderenfalls hätten die Partner einen anderen Grund gefunden, sich von der Stadtverordneten zu trennen. Sie habe im Übrigen von Anfang an gesagt, dass man sich darauf einstellen müsse, dass sie nicht dem Fraktionszwang unterliege.

Diese Erkenntnis sei einmal Gemeingut in der SPD gewesen. Einige Abgeordnete der SPD gehörten noch der Generation der SPD an, die wusste, dass es einen Zusammenhang zwischen Rechtsentwicklung in der Gesellschaft und Sozialabbau im Kapitalismus gibt.

Der zweite zentrale Kritikpunkt an der Resolution aus Sicht der DKP ist, wie diese die Selbstinszenierung vom rechten Teil der Querdenker-/Corona-Leugner-Bewegung unreflektiert aufgreift. Moralische Empörung darüber, dass sich diese mit der verfolgten jüdischen Bevölkerung im Faschismus gleichsetzt oder sich in der Tradition der Montagsdemonstrations-Bewegung in der DDR sieht, hilft in der politischen Auseinandersetzung wenig. Anstatt sich hierüber in Floskeln zu ergehen, hätte die Resolution Verbesserungen für Betroffene in der Pandemie sowie Beschäftigte im Pflegebereich einfordern sollen. Diese Chance habe die Mehrheit des Stadtparlaments am 17. Februar vertan.

Verschiedene Gründe zum Verlassen der Fraktion habe es nach Auffassung der Gießener Kommunistinnen und Kommunisten ohnehin gegeben (siehe Gießener Echo der letzten drei Monate).

„Ich ziehe einen Schlussstrich unter die ständigen Anfeindungen und absichtlichen Fehlinterpretationen innerhalb der Gießener Regierungskoalition. Mit Wirkung zum 1. April 2022 werde ich fraktionslose Abgeordnete und werde damit mein Mandat behalten. Immerhin haben mich viele Wähler und Wählerinnen mit bestimmten Erwartungen, nämlich ihre Interessen zu vertreten, gewählt“, so Martina Lennartz.

„Wir betrachten uns weiterhin als einen Teil des Wahlbündnisses „Gießener Linke“, das aus der Partei ‚Die Linke‘, der DKP und dem ‚Linken Bündnis‘ besteht“, sagte Martina Lennartz. Sie werde Anträgen der Koalition zustimmen, soweit sie dem aktuellen Koalitionsvertrag entsprechen. Es sei bedauerlich, dass die restliche Fraktion der „Gießener Linken“ dem Druck der Grünen und der SPD nicht standhält. „Die DKP und ich stehen für Inhalte, nicht für Regierungsbeteiligung um jeden politischen Preis. Wir freuen uns daher schon auf die kommende Rolle als linke Opposition“, stellte Lennartz fest.

Echo-Redaktion

UZ – UNSERE ZEIT

SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG

... erklärt, wie der Imperialismus funktioniert und hilft, Gegenwehr zu entwickeln.

... ist solidarisch mit den Geflüchteten und nennt die Fluchtverursacher beim Namen.

... beteiligt sich in antifaschistischer Tradition am Kampf gegen alte und neue Nazis.

... informiert über Diskussionen in den Gewerkschaften und in der linken Bewegung.

JETZT SECHS WOCHEN GRATIS PROBELESEN

Mehr Infos und Link zum Probe-Abo: https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/

Ria Deeg kommt ins Museum – ein erster Schritt

Die PARTEI-Stadtverordneten stellten im Kulturausschuss einen Antrag, dass Ria Deeg unter dem Projekt "Gießener Köpfe" unter Mitwirkung des Beirats zur Benennung von Straßen und Plätzen eine Ehrung in Form eines "Kopfes" erhält. Das Ergebnis des Gutachtens lasse keinen anderen Schluss zu. Im Kulturausschuss hat sich die Koalition auf einen "Änderungsantrag", welcher eigentlich ein „Ergänzungsantrag" wäre, geeinigt, mit welchem Ria Deeg in der neuen Dauerausstellung des Oberhessischen Museums als ein "Beitrag zum kulturellen Gedächtnis der Stadt Gießen" dargestellt und gewürdigt werden soll. Wir gehen davon aus, dass die Familie und Weggefährten zum einen in die Planung der Dokumentation einbezogen werden, damit ihre Positionen und Ideale aufgenommen und nicht verschwiegen werden. Zum anderen erwarten wir, dass sie auch zur Eröffnung eingeladen werden.

Dokumentationen in Museen können leider auch zur Entsorgung auf dem Müllhaufen der Geschichte missbraucht werden. Denn dort landen Ereignisse, die mal waren und nicht mehr sind. Rias Kampf für eine bessere Welt, für Frieden und Sozialismus würde so schlechtestenfalls als anachronistisch hingestellt.

Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt liegen! Auch jetzt würde Ria Deeg gegen Aufrüstung sowie die damit verbundenen sozialen Einschnitte und die Gefahr noch größerer Kriege protestieren. Als *echte* Antifaschistin würde sie auch nie akzeptieren, dass derzeit unter dem Deckmantel "Solidarität mit der Ukraine" die Verehrung des antisemitischen Mörders Bandera (etwa durch den ukrainischen Botschafter Melnyk) wieder hoffähig gemacht wird. Mit diesen Positionen stünde sie gegen den Kurs der Regierungskoalition auf Bundesebene und damit auch gegen den der Gießener Stadtkoalition, die sich daran teils unkritisch, teils opportunistisch angepasst hat.

Wir sind allen Bedenken zum Trotz bereit, die Einrichtung einer Ausstellung als ersten Schritt in die richtige Richtung – zu einer würdenvollen Ehrung – zu begrüßen. Dennoch: Das Ensemble in der Plockstraße kann nur mit Ria, der konsequenten Widerstandskämpferin der Stadt Gießen, vollständig sein. Dafür werden wir weiterhin kämpfen.

Martina Lennartz

"Ria Deeg – Signale aus der Zelle", Preis: 5,- Euro zzgl. Versand. Bestellung: giessen@dkp.de

Jetzt geht's los...

"Endlich" kann die Koalition in Gießen anfangen zu regieren, nachdem Martina Lennartz die Fraktion der Gießener Linken freiwillig verlassen hat. Es wird ja auch langsam mal Zeit, den Koalitionsvertrag umzusetzen. Zwar muss der Co-Fraktionsvorsitzende Ali Al-Dailami öfters aus Berlin anreisen, um die Stimmen-Mehrheit zu garantieren, aber für die gute Sache ist bekanntlich kein Weg zu weit …

Der Koa-Vertrag vom Juni 2021 hat Ziele formuliert, die jetzt schon nicht eingehalten werden:

- Auf Seite 40 Zeile 17 des Vertrags heißt es: *"... in der Stadt mehr entsiegelte Flächen schaffen..."* Wald wird gerodet und damit werden 40.000 m² versiegelt, weil Bieber-Marburg weiter expandieren soll.
- Der angekündigte *Verkehrsversuch Anlagenring* ist immer noch nicht gestartet.
- *"Wie bei der Besetzung anderer Gremien und Kommissionen möchten wir eine Quote einführen, die sicherstellt, dass Männer und Frauen gleichberechtigt vertreten sind."* (Seite 34). Fakt ist aber, dass der neu gewählten Sportkommision vier Frauen und neun (!) Männer angehören.

Immerhin hat die Koalition das Problem Ria Deeg vorerst abgeräumt. Ria kommt ins Museum!

Erwin Lottermann

"Einträgliche und ruhige Pöstchen im Ministerium oder im Kriegsindustriekomitee, im Parlament und in verschiedenen Kommissionen... oder in Vorständen der "bürgerlich-folgsamen" Arbeiterverbände - damit lockt und belohnt die imperialistische Bourgeoisie die Vertreter der bürgerlichen Arbeiterparteien" Lenin

DKP

Stillstand

Im März sollte der Fachausschuss „Soziales, Sport, Integration" der Stadtverordnetenversammlung tagen. Mangels Anträgen wurde der Termin abgesagt. Diese blamable Absage ist ein Indiz für den totalen Stillstand der Kommunalpolitik seit der Kommunalwahl vor mehr als einem Jahr. Jeder der Koalitionspartner hatte Forderungen zu diesen Themen in seinem Wahlprogramm. Fehlende Anträge deuten darauf hin, dass keine der Fraktionen Wert darauf legt, irgendetwas davon umzusetzen. Auf allen Gebieten, für die vor allem die Grünen ihren Wählern große Versprechungen gemacht hatten (Verkehrswende, Klimaneutralität), hat sich seit einem Jahr praktisch nichts getan. Wer ist in der Lage, dem Magistrat Dampf zu machen? G.L.

Uniklinkum: Keine Ruhe für Rhön-AG

Am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) wurde gestreikt. Dieses Mal ging es jedoch nicht um mehr Geld oder die Krankenversorgung, sondern um die Schulen zur Ausbildung künftigen Personals, z. B. verschiedener Technischer Assistenten. Ursache war die Absicht der Leitung, den Dozenten aus den Reihen des eigenen Personals keine zusätzliche Vergütung mehr zu bezahlen – wodurch jeder Anreiz entfiele, Zeit in die Vorbereitung des Unterrichts zu investieren. Darüber hinaus kamen bei dem Streik viele Missstände an den Schulen zur Sprache: veraltete Computer, schlechte Ausstattung, fehlende Pausenräume, ständig wechselnde Dozenten, häufiger Unterrichtausfall usw. Die kaufmännische Leitung, Schulleitung und Personalleitung zeigten sich einsichtig und versprachen Verbesserungen. Ob angesichts der Profitorientierung der Rhön-AG daraus etwas wird, bleibt abzuwarten.

Viel weniger Verständnis zeigte der Rhön-Vorstand für grundsätzliche Kritik. Bekanntlich hat die Landesregierung dem Klinikum einen Zuschuss von 500 Mio.Euro für die nächsten zehn Jahre zugesagt. Die Gewerkschaft *ver.di* nahm das zum Anlass, in ihrer Mitgliederzeitung „publik“ die Privatisierung als gescheitert zu bezeichnen. Das ist natürlich richtig, schließlich hatte sich die damalige CDU/FDP-Regierung davon versprochen, ihre gesetzliche Verpflichtung zur Finanzierung von Investitionen loszuwerden. Der damalige Ministerpräsident Koch und seine Kumpanen machten der Öffentlichkeit weis, mit privatem Kapital würde eine *Superklinik* und ein *Leuchtturm der Wissenschaft* entstehen – in Wirklichkeit wollten die Investoren Gewinne machen, um ihre Aktionäre zu bedienen. Von Jahr zu Jahr wurden die Forderungen der Rhön-AG an das Land höher, zunächst getarnt als Ausgleich für Forschung und Lehre und als Investitionszuschuss. Die Rhön-AG behauptet, sie habe seit der Privatisierung 750 Mio. Euro im UGKM investiert. Aber jeder Euro fließt mit Zinsen an die AG zurück und muss vom Personal erwirtschaftet werden. Nach Berechnungen von ver.di wurden zwischen 2015 und 2019 280 Mio. Euro an die Aktionäre ausgezahlt, weitere 30 Mio. an Aufsichtsräte und Vorstände. Wie viel die Privatisierung das Land insgesamt gekostet hat, ist in den Haushaltsplänen des Landes versteckt und wird wohl nie bekannt werden.

Unikliniken zurück in Landesbesitz! Das ist die einzig richtige Konsequenz!

Gernot Linhart

Justizposse: *Ella* verurteilt

Ein Jahr und neun Monate: So lautet das Urteil gegen die Klimaaktivistin *Ella* in der zweiten Instanz. Das ist fast die gleiche Höhe wie in der ersten Instanz, obwohl der Hauptvorwurf, basierend auf Lügen von SEK-Beamten, widerlegt wurde. Die Staatsanwaltschaft dachte sich eine neue Begründung für das hohe Strafmaß aus: „Der Rechtsstaat wurde mit Füßen getreten“. Das Gericht schloss sich dem an und fügte eine zusätzliche Härte an: Ella muss bis zum Ende in Haft bleiben (alles zum Prozess auf ella.siehe.website).

Dieses dramatische Ende eines Prozessmarathons zeigte deutlich, dass Polizei und Justiz, also das System von Kontrolle und Strafe, von jeglicher Empathie befreit und unmenschlich ist. Der Rechtsstaat wurde nicht mit Füßen getreten, er hat alles zertreten, was an menschlichen Resten in solch einem Prozess noch einziehen darf. Wo sich Menschen übereinander erhöhen, sich bevormunden, übereinander richten, entwickeln sich solche Exzesse. Die Reduzierung auf Kritik an den einzelnen Akteur*innen ist daher genauso falsch, wie die Forderung nach Freiheit *nur* für politische Gefangene.

Das System macht aus Menschen Rädchen in einem unmenschlichen Spiel. *Ella* ist weder das Opfer einer schlechten Verteidigung, der toten Fische im Strom auf der Richterbank oder der eiskalten Staatsanwältin, die zudem noch die lügenden Cops mit peinlichen Ausreden schützt, sondern eines der vielen Opfer dieser Gesellschaft, die Menschen Herrschaft und Profitinteressen unterwirft.

Jörg Bergstedt

Wohnkonzerne vergesellschaften!

Die beiden größten Wohnkonzerne *Deutsche Wohnen* und *Vonovia*, die im vorigen Jahr fusionierten, haben ihre Geschäftsberichte für 2021 vorgelegt. *Deutsche Wohnen* verbuchte Einnahmen in Höhe von 844 Mio. Euro und einen Profit von 554 Mio Euro – das sind 63%. *Vonovia* nahm 5,2 Mrd. Euro ein und verbuchte einen Gewinn von 1,7 Mrd. Euro, das sind 33%. Die Zahlen zeigen, um wie viel günstiger die Mieten sein könnten, wenn Wohnungen gesellschaftliches Eigentum wären. Es wäre an der Zeit, Artikel 14.2 und 15 des Grundgesetzes ernst zu nehmen und die großen Wohnungskonzerne zu vergesellschaften.

G.L.

Corona: Kapitalismus demaskiert

In der letzten Echo-Ausgabe äußerte ich mich zu den Aussichten zur Epidemie in Deutschland und beleuchtete die Rolle von Impfungen, die einen Ausweg mit deutlich geringeren Opferzahlen ermöglichen könnten. Nun sind in Deutschland inzwischen alle Menschen geimpft, die das wollen. Wie viel Zwang darüber hinaus zu rechtfertigen wäre, ist eine moralische Frage, die ich nicht beantworten will.

Die derzeitige Regierungslinie ist allerdings das Fallenlassen ernstzunehmender Maßnahmen zur Eindämmung der Durchseuchung bei gleichzeitigem Festhalten an Impfzwang-Plänen. Deren Umsetzung käme unter diesen Vorbedingungen zu spät. Dazu kommt eine bereits gültige einrichtungsbezogene Impfpflicht, die aber nur wirkt, wenn das zuständige Gesundheitsamt vom Arbeitgeber grünes Licht zum Rauswurf der Impfverweigerer erhalten hat – Maßnahmen also, die weder Infektionsschutz sicherstellen noch die Interessen der Werktätigen berücksichtigen.

Das ist keine neue Tendenz. Freizeitvergnügen und die wirtschaftlichen Interessen der kleinen Leute waren von Anfang an zweitrangig, während man sich so lange wie möglich um Homeoffice-Verpflichtungen und verstärkten Arbeitsschutz herumgedrückt hat. In Schulen wurden **nicht** systematisch hochwertige Lüftungsanlagen eingebaut, die dort sowieso hingehören, die ohnehin zu großen Klassen wurden **nicht** verkleinert. Das Gesundheitswesen wurde **nicht** besser finanziert, das Pflegepersonal wurde **nicht** entlastet oder endlich angemessen entlohnt. Arme Menschen (die wegen enger Lebens- und Verkehrsverhältnisse stärker gefährdet sind) erhielten **nicht** systematisch genügend kostenlose FFP2-Masken. Die angekündigte Durchimpfung der restlichen Welt (auch aus egoistischen Motiven nötig, um es hier mit weniger Mutationen zu tun zu bekommen) überließ man Ländern wie China, auf dessen Konto ein Drittel aller Impfungen außerhalb des eigenen Landes gehen.

Der Kapitalismus trug nie eine Maske, um die Coronaverbreitung zu begrenzen. Er benutzt allenfalls Schminke, um sich zu tarnen.

M.H.

Klimakampf heißt Klassenkampf

Das Klima unserer Erde wandelt sich. Die Klimakrise ist eine eindeutige und existenzielle Bedrohung für Mensch und Natur. Verantwortlich dafür ist die gleiche gesellschaftliche Klasse, welche das geringste ökonomische Interesse an ihrer Bekämpfung hat: die der Kapitalisten. Der weltweite CO_2-Ausstoß stieg seit 1900 kontinuierlich an. Dass Länder wie Deutschland seit einigen Jahren trotz Wirtschaftswachstum weniger Treibhausgase ausstoßen, liegt auch daran, dass viel industrielle Produktion zugunsten eines CO_2 ärmeren Dienstleistungssektors in den globalen Süden verlegt wurde, wo die Arbeitskraft deutlich billiger ist. Man lässt die Waren dort günstiger produzieren und schönt zugleich die eigene CO_2-Bilanz.

Während 100 Unternehmen für 71% der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich sind, versucht uns der Klassenfeind einen Bären aufzubinden, wenn er uns erklärt, die Klimakrise sei ein individuelles Problem, welches durch bewusste Konsumentscheidungen gelöst werden könne. Die herrschende Klasse und große Teile des Kleinbürgertums kaufen sich so das Gewissen rein und schieben die Schuld auf die Arbeiter. Dazu passt, dass der erste CO_2-Fußabdruck-Rechner vom Öl- und Gaskonzern BP beauftragt und finanziert wurde. Ein genialer PR-Trick: Die Klimakrise wird individualisiert, die Konsumenten sind schuld und nicht mehr die Großkonzerne. Das Wirtschaftssystem bleibt weiterhin unangetastet.

Die Klimakrise wurde durch Produktionsverhältnisse ausgelöst, von denen nur eine Minderheit profitiert. Es ist nicht nur sinnvoll, die Klima- und Klassenkämpfe miteinander zu vereinen, es ist eine zwingende Notwendigkeit, wenn wir diese Krise bewältigen wollen. Enteignen wir also die Klasse, die unsere Lebensgrundlagen zerstört und lasst uns Produktionsverhältnisse erkämpfen, in denen die Wirtschaft rational, bedarfsorientiert und klimagerecht geplant wird: Klimakampf heißt Klassenkampf!

Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (ARAG)

Termine

Fragen oder Anmeldungen an *giessen@dkp.de*

09.04.2022 ab 10:30 Uhr:
Infostand am Kugelbrunnen

15.04.2022 um 19 Uhr:
Stammtisch der DKP Gießen

16.04.2022:
Ostermarsch Hiroshima-Platz (Katharinenplatz) Gießen

18.04.2022:
Ostermarsch Frankfurt, Treffpunkt 9:00 Uhr Hbf. Gießen

20.04.2022:
Redaktionsschluss Mai-Echo

28.04.2022 ab 19 Uhr:
Vormaifeier (siehe unten)

30.04.2022 ab 10:30 Uhr:
Infostand am Kugelbrunnen

01.05.2022:
Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse in Gießen

25.05.2022 um 19 Uhr:
China auf dem Weg zum Sozialismus oder zu einer imperialistischen Macht?
mit Lars Mörking, Chefredakteur unsere zeit

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichtete das Echo über Richter und Staatsanwälte, die schon in der Nazi-Zeit tätig waren und derzeit Funktionen in der Gießener Justiz hatten. Acht Amtsträger nannten wir namentlich.

Vor **40 Jahren** legte die damals in Gießen regierende CDU einen Schulentwicklungsplan vor, der vorsah, dass die Gebäude der Ricarda-Huch-Schule (RHS) an die Max-Weber-Schule abgegeben werden sollten. Die RHS sollte nach Gießen und Klein Linden verlegt werden. Die CDU hatte den Vorschlag kurzfristig eingebracht, wohl um Diskussionen in der Stadt zu verhindern. Zudem versuchte sie, die Schülerinnen und Schüler von Berufsschulen und Gymnasien gegeneinander auszuspielen. Trotz einer machtvollen Demonstration der Betroffenen wurde der Plan verabschiedet – bekanntlich aber nie umgesetzt.

Vor **30 Jahren** stand der Abzug der US-Truppen, die jahrelang das Gießener Stadtbild bestimmt hatten, kurz bevor. Die Verwirklichung der alten DKP-Forderung „Wohnungen statt Kasernen“ rückte somit in greifbare Nähe. Ein schlüssiges Konzept für die Nutzung der frei werdenden Gebäude und Flächen gab es, trotz eines extra eingerichteten „Ausschuss für Abrüstungsfragen“, nicht. Inzwischen werden die früheren Wohngebäude zivil genutzt, die restlichen Flächen wurden mehr oder weniger ohne städtebauliche Planung privaten Investoren überlassen.

Vor **20 Jahren** wurde das Einkaufszentrum am Oswaldsgarten geplant. Wir schlugen stattdessen ein Wohn- und Gewerbe-Mischgebiet vor. Entstanden ist ein klobiger Einzelhandelskomplex, der mehrere Besitzer- und Namenswechsel erlebt hat und kein optischer Gewinn für die Stadt ist.

Vor **10 Jahren** konnten in der Wieseckaue viele frisch gefällte Bäume "bewundert" werden, die der Landesgartenschau weichen mussten. Einige davon störten vorgegebene Sichtachsen. Die damalige Bürgermeisterin Weigel-Greilich bezeichnete die Fällungen als „zurückhaltend und behutsam“, der LaGa-Geschäftsführer Wiemer nannte die Vernichtung von Brutstätten und Vertreibung seltener Vogelarten „artenschutzgerechtes Vorgehen“.

G. Linhart

Wir laden ein zur

Vormaifeier

in der Anschlusssverwendung

Programm

„Die Gewerkschaften und die Friedensfrage“
- Vortrag von Bernd Blümmel, Stellvertretender Bezirksvorsitzender der DKP Hessen

Musikalisches Programm
- Kai Degenhardt, politischer Liedermacher
www.kai-degenhardt.de

V.i.S.d.P. Martina Lennartz Dieszstraße 7 35390 Gießen

Daten:

Ort:
Anschlussverwendung, Grünberger Straße 22 Gießen
Datum
Donnerstag, 28.04.2022 ab 19 Uhr

DKP GIEßEN

– Anzeige –

Aus Altersgründen möchte ich meine Sammlung zu „Antisemitismus und NS-Organisationen in Gießen/Provinz Oberhessen“ an jüngere Kollegen weitergeben, die damit kritische (nicht apologetische!) Arbeiten fertigen können: NSDAP und NS-Organisationen in Gießen und der Provinz Oberhessen, politische Parteien in dieser Region 1890 bis 1945, rechte Gruppen, Gießener Universitätsgeschichte, Gießener Freitagskränzchen u.a. Wer interessiert ist, bitte melden bei Jörg Peter Jatho, Tel. 0641 73154

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo,

Postfach 110340, 35348 Gießen, **E-Mail:** *giessen@dkp.de*
Im Internet: *www.giessen.dkp.de*